

Statement Werner Fasslabend

Als früherer Verteidigungsminister kann ich auf eine Menge an eigenen Erfahrungen zurückgreifen, die durchaus auch für die gegenwärtige Debatte nützlich sind. Ich kann mich erinnern, dass ich bereits in meinem ersten Interview als Minister als eines meiner wichtigsten Vorhaben die Ausarbeitung einer neuen Sicherheitsdoktrin angekündigt habe. Das habe ich damals nicht geschafft, wofür es mehrere Gründe gab. Zum einen war es ungeheuer schwer, dieses Vorhaben unter den Bedingungen einer Großen Koalition zu realisieren. Ich kann mich noch gut an stundenlange Diskussion mit meinem damaligen Gesprächspartner, dem damaligen SPÖ-Klubobmann Peter Kostelka über Terrorismus erinnern. Es schätzte damals das Ausmaß der Gefährdung der internationalen Sicherheit durch Terrorismus völlig anders ein als ich. Zusätzlich bin ich damals auch zur Überzeugung gekommen, dass man in einer Transformationszeit nicht zu frühzeitig Festlegungen treffen sollte, die dann relativ bald wieder überholt sein werden. Eine Sicherheitsdoktrin in heutiger Zeit soll vor allem offen sein für zukünftige Entwicklungen. Insofern wird eine Sicherheitsdoktrin im 21. Jahrhundert doch wesentlich anders sein müssen als jene des 20. Jahrhunderts. Ich persönlich halte eine neue Doktrin nicht für unbedingt nötig, sehe aber durchaus manche Gründe, die wiederum dafür sprechen. Eine besondere Priorität kann ich allerdings nicht erkennen.

Natürlich hat sich seit Beginn der dieses Jahrzehnts eine Menge geändert. Nur um wenige Schlagworte zu nennen: Terrorismus (ich verwende ungern diesen Ausdruck, eigentlich sollte man von asymmetrischer Bedrohung sprechen) ist auch für Europa relevant; cyber-Bedrohungen (darauf sind wir absolut nicht vorbereitet; auch nicht die USA; hier sind ganz massive Anstrengungen nötig); auch das Problem der failed states hat sich zu einem gewichtigen internationalen Problem entwickelt. Dazu kommen noch weitere Bedrohungen aus den Bereichen der Energie und des Verkehrs. Alles zusammen ergibt es also doch eine Anzahl von sicherheitsrelevanten Fragen, die sich heute anders darstellen als noch vor 10 Jahren.

Im politischen Bereich, im Organisationsbereich gibt es ebenfalls eine Reihe von neuen Herausforderungen. Hier möchte ich vor allem die EU-Erweiterung 2004 um 10 Staaten nennen, von denen einige durchaus sicherheitsrelevante Fragen aufwerfen können. Dadurch wird sich die Frage der Solidarität und der Beistandsverpflichtung doch anders stellen als noch vor 10 Jahren. Mit dem Beitritt der Baltischen Staaten und von Kleinststaaten wie Zypern und Malta ist diese Situation anders zu bewerten. Zusätzlich ist noch durch den Lissabonner Vertrag durch die Solidaritäts- bzw. Beistandsklausel eine andere rechtliche Grundlage geschaffen worden. Damit werden wir uns auseinandersetzen müssen, denn nach meinem Verständnis dieser Beistandsklausel ist diese eine selbstverständliche. Sie bietet zwar die Möglichkeit eines sogenannten „opting out“, es erscheint mir aber völlig unvorstellbar, dass im Falle eines Angriffes auf ein EU-Mitglied von Außen nicht alle anderen EU-Mitglieder automatisch diesen Beistand auch tatsächlich leisten. Das ist politisch völlig unmöglich und ausgeschlossen. Das sollte man meiner Meinung auch ganz klar aussprechen, denn das Bewusstsein darüber ist in der Öffentlichkeit nicht ganz klar.

Das sind die wichtigsten Punkte, die ich sehe. Das Ganze wird natürlich noch interessanter durch die neue NATO-Strategie. In diesem Zusammenhang erscheint es mir erwähnenswert, dass aus dem Kreis der europäischen Neutralen heute Länder wie Schweden und Finnland mehr zur NATO tendieren, während vor einigen Jahren hier Österreich noch mehr Interesse gezeigt hat. Insgesamt ist es zu erwarten, dass es sowohl von der EU als auch von anderen Sicherheitsdienstleistern, z.B. auch von der NATO im Rahmen von „Partnerschaft für den Frieden“, mehr gemeinsame Standards geben wird und auch mehr Leistungen von den einzelnen Staaten eingefordert werden.

Damit möchte ich schon zum Schluss kommen: Man kann zweifellos sagen, dass derzeit nicht nur eine starke Internationalisierung sondern vor allem auch eine starke Europäisierung der internationalen Sicherheitspolitik stattfindet und diese wird sich angesichts der budgetären Nöte, die es heute überall gibt, noch ungemein beschleunigen. Dinge wie „sharing“ und „pooling“ werden zum

täglichen Brot der Sicherheits- und Verteidigungspolitik gehören. Und das heißt vor allem auch für kleinere und mittlere Staaten, dass man Aufgaben, die man bislang alleine bewerkstelligen konnte, nun mehr auf die europäische Ebene heben wird müssen. Und das zweite, was wir sehen müssen, ist die Tatsache, dass die Globalisierung in den letzten 10 Jahren einen ungeheuren Fortschritt genommen hat, und dass daher auch die Sicherheitsfragen viel globaler gesehen werden müssen als vorher. Wir werden daher eine noch stärkere Internationalisierung benötigen und die Reichweite unserer eigenen Sicherheitsmaßnahmen wird eine größere sein müssen.

Auf jeden Fall wird es spannend werden, wir werden klar Prioritäten setzen müssen und auch die Probleme ganz offen ansprechen und gute Lösungen anbieten. Dies nicht, um jemanden einen Gefallen zu tun, sondern weil es um unsere Sicherheit geht. Und diese ist nur mehr international zu gewährleisten.

Statement Dr. Friedhelm Frischenschlager,
Präsident der Europäischen Föderalistischen Bewegung Österreich
BM für Landesverteidigung 1983 – 86, Abg. zNR aD, MEP aD

Bei der Reihenfolge der Redner trifft es sich gut, dass zwei ehemalige Verteidigungsminister unmittelbar hintereinander zu sprechen kommen. Ich übte dieses Amt bekanntlich vor Werner Fasslabend aus zu einer Zeit, als der sicherheitspolitische Rahmen völlig klar war: Immerwährende Neutralität und das darauf basierende logische politische und militärische Konzept: Abhaltestrategie zwecks Heraushalten Österreichs im Falle eines Ost-West-Konfliktes mit Raumverteidigung und Milizsystem. Sie erinnern sich vielleicht noch an das BH-„Igel“-Symbol. Die konsequente militärische Verwirklichung war das Problem, nicht das Konzept. Ganz anders der sicherheitspolitische Rahmen für den Verteidigungsminister der 90er-Jahre, Werner Fasslabend, nach Ende des „Kalten Krieges“ und Österreichs EU-Beitritt. Die heutige sicherheitspolitische Debatte scheint mir aber noch viel zu sehr unter dem Einfluss der nach 1989 nicht mehr sinnvollen Denkweisen zu stehen. Weiters habe ich den Eindruck, dass die Bereitschaft, über die heutigen sicherheitspolitischen Gegebenheiten und Erfordernisse offen zu reden sehr gering ist. Ich hoffe daher, dass die aufkommende Debatte um die Sicherheitsdoktrin doch zu einer ehrlicheren, offeneren, vor allem öffentlichen Auseinandersetzung führen wird.

Das Typische der österreichischen sicherheitspolitischen Debatte besteht ja in seiner gespaltenen Realität. Auch beim jüngsten 50-Jahr Jubiläum der Offiziersgesellschaft kam dies deutlich zum Ausdruck, wo noch immer viel zu dominant über „Landesverteidigung“, die verdienstvollen UN-„Peace Keeping“-Beiträge, aber wenig über die europäische Dimension unserer Sicherheitspolitik gesprochen wurde. Trotz des Faktums EU-Beitritt, GASP und ihre Weiterentwicklung durch den Lissabonner Vertrag. Die gewohnten Prinzipien der Vergangenheit wirken noch immer nach.

Und noch etwas sollten wir nicht vergessen, es wurde bei jenem Anlass auch von Bundespräsident Heinz Fischer betont: die derzeit geltende Sicherheitsdoktrin 2001 wurde seinerzeit im Parlament nur mit knapper ÖVP/FPÖ-Mehrheit beschlossen, eine große politische Schwäche. VM Darabos betonte, ihm ginge es darum, die dort enthaltene NATO-Option zu neutralisieren. Die Nato-Frage ist aber nicht das Entscheidende. Ich hielt es jedoch für eine vertane Chance, wenn die Diskussion auf eine Reise nach rückwärts hinausliefe. Aus meiner Sicht hat sich die globale Sicherheitslage gegenüber 2001, 2002 nicht grundsätzlich geändert, wenn auch viele denkwürdige Ereignisse in der Zwischenzeit stattfanden (Irak, Afghanistan, 11. September....). Die geltende Doktrin ist teilweise recht falsch formuliert, passte aber wenigstens die Sicherheits- u. Verteidigungsdoktrin den völlig geänderten politischen Gegebenheiten nach 1989 an.

Ich möchte nochmals auf das Auseinanderklaffen zwischen den politisch-rechtlichen Grundlagen und dem politisch-öffentlichen Bewusstsein in Österreich, meines Erachtens unser Hauptproblem, zurück kommen.

Österreich hat sich aus einer neutralen Situation kommend sehr konsequent in die gemeinsame EU-Außen- Sicherheits- und Verteidigungspolitik eingefügt. Wenn man sich in Erinnerung ruft: EU-Beitritt auf der Grundlage des Maastrichter Vertrages 1992 mit der dort vereinbarten GASP, ohne Neutralitätsvorbehalt; der nächste Schritt, Amsterdam-Vertrag 1997 mit den Petersberger Aufgaben („Peace Making“), wurde nicht nur akzeptiert und ratifiziert, sondern Österreich hat diese Instrumente 1998 in die Verfassung aufgenommen (B-VG Art. 23 f). Mit der Bereitschaft, an gemeinsamen friedensschaffenden militärischen Aktionen der EU teilzunehmen, wurde die Grenze zur traditionellen Neutralität und zu den darauf basierenden öst. Sicherheitskonzepten endgültig überschritten. Ich frage mich nur, wer weiß dies, und wenn ja, sind unsere PolitikerInnen und vor allem unsere MitbürgerInnen sich dessen bewusst und auch in Krisenzeiten bereit entsprechend zu handeln? Das ist die offene Frage.

Ich sehe zwar für die Gegenwart hierbei keine großen Probleme. EU-Verträge weisen vielfach einen ausgesprochen programmatischen Charakter auf, die Praxis zieht viel langsamer nach. Man verfolge die seit Maastricht fast zwei Jahrzehnte andauernde Entwicklung der GASP, über Amsterdam, über die ab 2003 einsetzenden EU-Militär- u. Zivilmissionen bis zum Lissabonner Vertrag. Die militärischen Strukturen, z.B. die „Battle-Groups“ usw., sind bis heute noch nicht weit gediehen, militärische Einsätze ernsterer Natur Gottlob auch nicht besonders aktuell.

Aber für Österreich besteht für die Zukunft die Gefahr einer politischen Krise auf EU- und vor allem innenpolitischer Ebene: Wenn im Zuge einer ernststen Konfliktsituation Österreichs Beitrag eingefordert würde und wir erst dann, also zum Zeitpunkt einer ernststen Herausforderung der EU-Sicherheits/Verteidigungspolitik, eine Grundsatzdebatte beginnen, ob wir teilnehmen können, wollen, dürfen. Und deshalb sollten wir in relativ ruhigen Zeiten diese Diskussion führen und zu einem Ergebnis kommen. Dazu ist die Debatte um die Sicherheits-Doktrin (ein verbesserungsfähiger Ausdruck) bestens geeignet.

Das eigentliche Problem sehe ich in der historisch geprägten Zurückhaltung in Österreich, den grundsätzlichen Schritt der Weiterentwicklung von einer einzelstaatlichen zu einer europäisch-solidarischen Sicherheitspolitik zu gehen. Das hängt natürlich mit der Geschichte der Neutralität zusammen. Aber der entscheidende Punkt wird sein, ob die österreichische Politik und Öffentlichkeit zu dem meiner Meinung nach einzig logischen Ergebnis kommt: Sicherheitspolitik ist eine nahezu globale Systemfrage, viel mehr als noch vor 50, 60 Jahren - jede internationale Krise irgendwo, jeder Konflikt fällt letztlich auch auf jeden einzelnen Staat dieser Welt zurück. Daraus leiten sich ja der unabdingbare Bedarf an kollektiven, solidarischen Maßnahmen sowie der sicherheitspolitische Mehrwert für alle ab. Die europäische Sicherheitspolitik, inklusive der militärischen Komponente, beruht auf einer gemeinsamen, verpflichtenden Wertebasis. Sie betont überdies neben der militärischen die präventive, die zivile Komponente, eine Weiterentwicklung durch den Lissabonner Vertrag. Das Ziel einer gemeinsamer Sicherheitspolitik und eines gebündelten Krisenmanagements der EU stellt einen so entscheidenden Fortschritt für die Sicherheit aller EU-Mitgliedstaaten, aber auch für die globale Ebene dar, dass dessen Realisierung auch für Österreich trotz seiner einzelstaatlichen, Neutralitäts-bezogenen sicherheitspolitischen Tradition zur bewusst gewählten und unterstützten Priorität werden sollte.

Österreich hat sich Vertrags- und Verfassungs-rechtlich sehr konsequent in die gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik eingebracht, daher sehe ich es als seine Hauptaufgabe an, erstens ihre Realisierung auf europäischer Ebene voranzutreiben und zweitens in der österreichischen Öffentlichkeit klar zu machen: Es gibt für Österreich keine Sicherheit, wenn Europa nicht sicher ist. Wir sind heute ein Teil der europäischen Sicherheit, wir profitieren davon und haben unseren Beitrag zu leisten. Die einzelstaatliche Sicherheitspolitik ist obsolet geworden, insbesondere für die kleineren EU-Mitgliedstaaten. Und es besteht die große Chance, durch eine gemeinsame europäische Sicherheitspolitik mit dem zivilen Instrumentarium des Krisenmanagements u. nötigenfalls als ultima ratio mit militärischen Mitteln zur internationalen Friedenssicherung und Krisenprävention beizutragen.

Diesen Weg sollten wir gehen und dazu sollte die Debatte über die Sicherheitsdoktrin beitragen.

Statement
Johann Pucher

Sehr geehrte Damen und Herren, zunächst eine Feststellung: ich vertrete hier nicht die offizielle Meinung des BMLVS sondern jene der Direktion für Sicherheitspolitik. Vielleicht ist es noch nicht die offizielle Meinung des BMLVS. Es ist erfreulich, dass nicht nur BM Darabos der Meinung ist, dass wir eine neue Sicherheitsdoktrin brauchen, sondern auch der Außenminister und der Bundespräsident. Ich hoffe, dass daraus ein Momentum entsteht und dass diese Veranstaltung ebenfalls dazu beiträgt. Sicherheitspolitik ist zu wichtig, um sie einer überschaubaren Gruppe aus der Elite zu überlassen. Im Gegensatz zu Minister Fasslabend bin ich allerdings der Meinung, dass es höchst an der Zeit ist. Nicht nur allein deshalb, weil die meisten europ. Staaten ihre verteidigungs- und sicherheitspolitischen Grundlagendokumente bereits angepasst haben bzw. gerade dabei sind, dies zu tun. Man möge sich die Ergebnisse dieser Debatten in den Niederlanden und Dänemark, zwei mit Österreich durchaus vergleichbaren Staaten, ansehen. Aber Österreich ist wieder einmal anders. Jemand hat mir erst vor kurzem gesagt, dass in Österreich auf sicherheitspolitischen und außenpolitischen Fortschritt zu warten, Warten auf Godot bedeute.

Versetzen Sie sich angesichts dieser Situation in die Lage des Generalstabschefs oder der oberen Planer des Verteidigungsministeriums. Wir haben in den nächsten Jahren massive finanzielle Kürzungen und das Bundesheer wird daher weiter verändert und angepasst werden. Auf welcher Basis? Woran soll man sich orientieren? Soll BM Darabos sich an den Grundlagen einer schwarz-blauen Regierung orientieren, bei deren Beschlussfassung die SPÖ nicht mitgegangen ist. Soll er sich an den Bundesheerreformkommissionsempfehlungen orientieren, die mangels Finanzen so nicht umsetzbar sind? Wir haben hier eine größere Problematik. Es geht um die Schaffung eines erneuerten sicherheitspolitischen Grundverständnisses. Wir hatten gerade auf diesem Gebiet eine jahrelange sicherheitspolitische Diskussionsverweigerung, wir haben immer noch eine Menge an traditionellem Denken und eine ernüchternde Gestaltungsschwäche. Ausruhen auf den Lorbeeren der Vergangenheit wird nicht ausreichen. Die immer wieder kehrenden Hinweise auf unsere UNO-Einsätze sind zwar schön für die Boulevard-Presse und für unser Selbstbewusstsein, aber international ist das Vergangenheit. Die positiven Punkte sollen nicht verschwiegen werden: der Tschad-Einsatz oder zuletzt die UN-Resolution 1894 „Protection of civilians“, unser Balkanengagement. Auch im Regierungsprogramm sind einige zukunftsweisende Punkte enthalten, die jedoch noch der Umsetzung harren.

Wieso nun die Notwendigkeit zur Veränderung? Wir haben völlig neue geopolitische Konstellationen, eine geänderte sicherheitspolitische Lage in Österreich, die Erweiterung der EU und der NATO. Wir haben ein dynamisches Konfliktspektrum, die geografische Entfernung spielt im Gegensatz zu 2001 keine Rolle mehr, Afrika war damals noch überhaupt kein Thema, neue Regionen neben dem Balkan wie der Kaukasus, Schwarzes Meer, Zentralasien treten in den Vordergrund. Weitere Probleme wie Migrationsdruck, cyber war und Klimawandel wurden bereits erwähnt. Eine Sicherheitsdoktrin soll ja vorausschauend angelegt sein und länger als eine Legislaturperiode Bestand haben. Ich hoffe also, dass es uns gelingen wird, hier etwas auf die Beine zu stellen. Wir müssen antizipieren, was kommt auf uns zu? Die EU-Erweiterung wird weiter gehen, die Rolle der EU als global player ist noch unklar. Der Lissabon-Vertrag ist nun eine bessere Basis. Es liegt in Österreichs Interesse, dass die EU auch wirklich geschlossen und stark agieren kann. Damit stellt sich die Frage, welchen Beitrag wir als Österreicher leisten sollen, auch das Militär. Für die österr. Sicherheits- und Außenpolitik geht es somit vor allem darum, wie wir uns aufstellen und in diesen dynamischen Prozess einbringen.

Die Schwächen der derzeitigen Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin sind kurz zusammengefasst folgende: 1. Sie wurde nur von der Regierung getragen. Das war eine große Schwäche und man sollte versuchen, dies nun zu überwinden. 2. Sie ist zu militärlastig und weitgehend vom Denken der späten 90er Jahre geprägt. 3. Sie beinhaltet zu wenig zivil-militärische Kooperationsaspekte. 4. Zu

wenig gesamtstaatlicher Einsatz. 5. Zu wenig human security. 6. Keine Aussagen zu Koordinierungs- und Steuerungsstrukturen.

Für mich stellen sich ein paar Grundfragen, die man auf der politischen Ebene klären sollte, bevor man sich an die Textierung macht: Was ist der Zweck dieser Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin? Welche Art von Konzept, mit welchem Auflösungsgrad und für welche Zielgruppe soll das sein? Generell sollte man eine Balance zwischen einem politischen Dokument und einer hinlänglich konkreten Grundlage für eine operative Entwicklung der gesamtstaatlichen Sicherheitsinstrumente finden. Stimmt die Bezeichnung Sicherheits- **und** Verteidigungsdoktrin überhaupt noch, oder soll es eine Sicherheitsdoktrin sein? Verteidigungsdoktrin bedeutet immer noch Denken in den Kategorien der Abwehr einer militärisch-konventionellen Bedrohung von außen, Ausblenden von Prävention und reaktives staatliches Verhalten. Die meisten europ. Staaten verfolgen den Ansatz einer gesamtstaatlichen, interessenbasierten Sicherheitspolitik.

Was erwarte ich mir? Ich erwarte mir eine offene Diskussion, die über die Regierung hinausgeht und wo wir ein Ergebnis erzielen, welches eine Zukunftsperspektive umfasst. Wir brauchen eine umfangreiche Analyse der Umweltsituation. Österreich sollte deutlicher als bisher sagen, was seine Interessen sind. Was sind unsere Prioritätsregionen und Prioritätsthemen? Und dann sind auch Aussagen über die zivil-militärische Zusammenarbeit nötig. Es ist eine Schande, dass die nordischen Staaten im Balkan weitaus mehr Zivilpersonal eingesetzt haben als wir, die wir ständig von dieser Region reden. Es gibt noch immer zu viel traditionelles militärisches Denken, zu wenig Agieren in den Kategorien der Prävention und pro-aktiven Gestaltung. Hier ist in den letzten Jahren zwischen dem Bundesheer und den NGOs einiges entwickelt worden und ich hoffe, dass dies die Politik auch stärker in ihren Konzepten berücksichtigen wird. Und zum Abschluss: wenn wir Kompetenz zeigen, dann werden wir auch international anerkannt und gehört werden. Leistung und Einsatz zählen und werden respektiert. Auf dem Balkan zählt Österreich, in anderen Regionen kaum noch. Dem muss man Rechnung tragen. Österreich muss daher ein schärferes sicherheitspolitisches Profil entwickeln. In Essenz geht es um die sicherheitspolitische Positionierung Österreichs innerhalb der post - Lissabon EU.